

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

## Strategien zur Integration der Sowjetunion

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bolz, Klaus (1990) : Strategien zur Integration der Sowjetunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 6, pp. 278-279

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136641>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

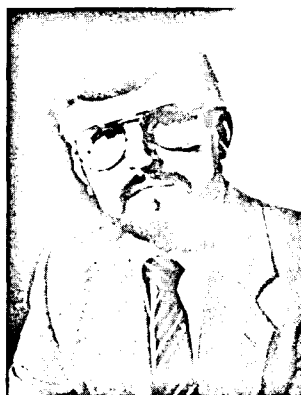
**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Strategien zur Integration der Sowjetunion



Klaus Bolz

Die rasanten Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformen in Mittel- und Osteuropa haben die politische Landschaft Europas so sehr verändert, daß das Ziel einer wirtschaftlichen Integration sämtlicher europäischen Länder heute keine Utopie mehr ist. Während die einzelnen Länder den neu gewonnenen Handlungsspielraum nutzen, sich dem europäischen Binnenmarkt anzunähern, zeigen sie verständlicherweise wenig Interesse an einer Wiederbelebung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Die Europäische Gemeinschaft, aber auch einzelne westeuropäische Staaten unterstützen die ehemals sozialistischen Länder auf dem Weg zur Marktwirtschaft und bei der Integration in die Weltwirtschaft. Durch materielle und andere Hilfen sowie die Beseitigung institutioneller Handelshemmnisse ist die Europäische Gemeinschaft bisher vor allem den reformfreudigen Ländern Polen und Ungarn weit entgegengekommen. Die Sowjetunion, ohne deren veränderte Politik die ehemaligen Satelliten ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit nicht so schnell hätten erreichen können, droht dagegen im Prozeß der fortschreitenden Integration Europas ins Abseits zu geraten. Dieses große und an Naturschätzen reiche Land in eine Isolierung abgleiten zu lassen, wäre nicht nur politisch äußerst kurzfristig, sondern längerfristig – mit Blick auf die Größe des sowjetischen Marktes – auch ökonomisch unklug.

Die Sowjetunion und ihre Teilrepubliken werden auf dem Wege zur Marktwirtschaft besonders viele Hürden zu überwinden haben. Eine Unterstützung ihrer grundlegenden Reformen und der wirtschaftlichen Annäherung an Westeuropa und an die übrigen entwickelten Länder duldet deshalb keinen Aufschub. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen wird eingesetzt werden müssen, um auch die Sowjetunion auf dem Weg in die Marktwirtschaft und bei der Integration in die Weltwirtschaft wirksam zu unterstützen. Dazu gehören umfangreiche Hilfs- und Kreditprogramme, die stärkere Einbindung in EUREKA, die Unterstützung bei der Schaffung eines wirtschaftlichen Mittelstandes durch die neue Osteuropabank, die Aufnahme in GATT, IWF und Weltbank, die Umsetzung der im Handels- und Kooperationsvertrag mit der EG verabredeten Zusammenarbeit, betriebliche Ausbildungshilfe und nicht zuletzt die Information breiter Schichten über die Funktionsweise einer sozialen Marktwirtschaft. Da diese und weitere Maßnahmen aber bestenfalls mittelfristig greifen können, sollte geprüft werden, inwieweit die ärgsten Folgen der sich abzeichnenden Neuorientierung der kleinen RGW-Länder und ihrer zunehmend selbständig handelnden Firmen für die UdSSR abgemildert werden können.

Wegen ihrer geringen Anpassungsfähigkeit kann wohl gerade die Sowjetunion auf absehbare Zeit nicht auf die Lieferbeziehungen zu den Partnerländern verzichten. Die Sowjetunion braucht bestimmte Zulieferungen an Maschinen, Ersatzteilen und anderen Waren von ihren angestammten Partnern, die den speziellen technischen Erfordernissen entsprechen. Ein Ausbleiben dieser Lieferungen müßte zwangsläufig zu weiteren Störungen der labilen sowjetischen Wirtschaft und zur Verschärfung der Versorgungssituation führen. Hilfestellungen des Westens dürfen aber keinesfalls alte RGW-Strukturen zementieren und die allmähliche Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien verhindern.

Bei der äußerst kritischen Wirtschaftslage in der Sowjetunion ist es verständlich, wenn sich die sowjetische Führung um Schadensverhinderung und/oder -begrenzung bemüht und insbesondere die Lieferungen ihres wichtigsten Wirtschaftspartners DDR abzusichern versucht, indem sie die Bundesrepublik Deutschland immer wieder zur Übernahme der Lieferverpflichtungen der DDR drängt. Als Bundeskanzler Kohl während seines Besuches in Moskau erstmals mit dieser Frage konfrontiert wurde, blieb ihm mit Blick auf die deutschlandpolitische Situation nichts übrig, als eine entsprechende Garantieerklärung abzugeben, obwohl damals niemand übersehen konnte, in welchem Umfang damit die Kosten der deutschen Vereinigung weiter steigen würden. Inzwischen ist die Verpflichtungsübernahme noch zweimal bestätigt worden.

Auch wenn die Kosten dieser Verpflichtung und die Ansätze zu ihrer Einlösung noch bei weitem nicht feststehen bzw. gelöst sind, so dürfte diese Verpflichtungserklärung doch manchem DDR-Betrieb das Überleben sichern und/oder den Übergang zur Marktwirtschaft erleichtern, womit nicht zuletzt die Freisetzung von Arbeitskräften etwas weniger dramatisch ausfällt. Da schon bald nach dem 1. Juli 1990 vielen DDR-Betrieben das Aus droht und andere nur durch Umstrukturierung und Rationalisierung eine Überlebenschance haben werden, kommt es darauf an, noch vor den auftretenden Konkursen und Umstrukturierungen und vor den damit zwangsläufig verbundenen größeren Entlassungswellen zu klären, welchen Betrieben unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eine Überlebenschance eingeräumt werden kann, so daß sich auch mit Blick auf die Erfüllung von DDR-Lieferverpflichtungen eine Unterstützung lohnt. Sind Betriebe mit alten Lieferverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion allerdings nur durch eine permanente Subventionierung zu erhalten, ist es ökonomisch sinnvoller, zur Erfüllung von der Bundesregierung gegebener Garantien westdeutsche oder auch ausländische Lieferanten heranzuziehen. Notwendige Preissubventionen sind dann gerechtfertigt, fallen sie doch eben nicht dauerhaft an.

Die einzusetzenden Mittel, die Betriebe in der DDR in die Lage versetzen sollen, zumindest ohne Verluste alte Lieferverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion zu erfüllen, werden wohl mehr als eine Quantité négligeable sein, denn immerhin hat der Anteil der Lieferungen in die UdSSR am gesamten DDR-Export nach bisherigen Angaben rund 40% ausgemacht – nach neueren auf DDR-Berechnungen basierenden Angaben immerhin noch rund 25%. Das DIW zitiert das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in der DDR damit, daß 1988 rund 15% der Arbeitskräfte der DDR-Industrie direkt oder indirekt mit der Herstellung von Exportwaren für die Sowjetunion beschäftigt waren. Wird nun unterstellt, daß die von den Lieferverträgen – eine erste Bestandsaufnahme nennt 3500 – mit der UdSSR betroffenen Betriebe anteilmäßig genauso stark vom Konkurs bedroht sind oder nur nach einem harten Anpassungsprozeß überleben werden wie auch andere Betriebe in der DDR (ca. 20% bzw. 50%), dann werden für die Absicherungshilfen wohl relevante Summen aufgewendet werden müssen. Zu den eigentlichen Absicherungshilfen kommen Aufwendungen für die Modernisierung hinzu, damit die Betriebe nicht nur auf Zeit die „alten“ Produktionen aufrechterhalten, sondern durch die parallele Weiterentwicklung ihrer Produktpalette vor allem auch dem internationalen Wettbewerb standhalten können.

Vor allem deutsch-deutsche Unternehmenskooperationen könnten bei der Erfüllung ursprünglich von der DDR eingegangener Lieferverpflichtungen eine Rolle spielen. Die für die Modernisierung der Produktion aufgewendeten Mittel dürften sich bei sorgfältiger Auswahl der zu fördernden Betriebe durchaus als Investitionen in die Zukunft bezahlt machen, wenn nämlich „alte“ Lieferanten der Sowjetunion künftig einer geänderten und technologisch anspruchsvolleren Nachfrage gerecht werden könnten, die in Zukunft auch vermehrt aus der Sowjetunion kommen wird. Ein modernisiertes, wettbewerbsfähiges Warenangebot in Verbindung mit langjährig gewachsenen persönlichen Beziehungen zu sowjetischen Betrieben bildet gute Voraussetzungen dafür, daß die Sowjetunion nach dem Übergang zur Hartwährungsabrechnung ihres gesamten Außenhandels (bis Ende 1991 mit der DDR allerdings nur in Gestalt eines Clearings) als Kunde erhalten bleibt und ihre Nachfrage nicht auf neue Lieferanten im Westen umlenkt.